

**Bevölkerung Kedung Ombo vor dem Verfassungsgericht**

Bis jetzt gewann die Regierung jeden Gerichtsprozess zwischen Bevölkerung und Staatsapparat, sogar in Konfliktfällen, die viel Aufmerksamkeit bekommen haben. Doch im Fall Kedung Ombo sprach das Verfassungsgericht überraschenderweise zu Gunsten der Bevölkerung. Viele konnten es nicht glauben und der Armeekommandant von Zentral-Java IV Diponegoro bezweifelte, daß die Nachricht wahr ist.

Dieser Fall, der so viel Aufmerksamkeit erregt hatte, begann 1984 mit dem Bau des Staudamms Kedung Ombo. Damals wollten die Bewohner, die viel zu geringe Entschädigung von 350 bis 750 Rupiah pro Quadratmeter nicht akzeptieren. Nur aufgrund von Zwang, Einschüchterung und Terror gaben schließlich viele von ihnen auf. 1989 wurde begonnen, den Damm zu füllen, obwohl immer noch viele Menschen im Stauseegebiet ausharrten.

Erst nachdem sie Hilfe aus dem In- und Ausland erhielten, ließ der Terror von Seiten der Streitkräfte nach und sie bekamen die Erlaubnis, am Ufer des Stausees zu wohnen. Die Bedingungen waren sehr hart - viele Krankheiten, keine Infrastruktur - doch aus Protest blieben sie. Gleichzeitig versuchten sie, ihr Problem gerichtlich zu lösen.

Es war ein langer Weg. Den ersten Prozess verloren sie, die Berufung auch und erst vor dem Verfassungsgericht wurden ihre Forderungen erfüllt: 50.000 Rp/m<sup>2</sup> für Reisfelder, 30.000 Rp/m<sup>2</sup> für andere Felder und 2 Milliarden Rupiah für 'immaterielle Schäden' wie die Einschüchterungen während des Konfliktes. Die Regierung - hier der Gouverneur von Zentral-Java - hat diese Entscheidung allerdings noch nicht akzeptiert.

Auch die Bevölkerung glaubt noch nicht daran, dieses Geld eines Tages wirklich zu bekommen. Darum kämpfen viele Aktivisten und Rechtsanwälte weiter für Kedung Ombo, damit die Entscheidung des Verfassungsgerichts auch verwirklicht wird.

vgl. AW 10.8.94; Tapol No. 124, Aug. 94; Forum Keadilan No. 8, 4.8.94; Kompas 6.7.94

**Hohe Beamte werden untersucht**

Der Präsident Indonesiens hat eine Kommission zur Untersuchung hoher Amtsträger eingerichtet. Mitglieder sind der Minister des Staatssekretariats und der Vorsitzende des Geheimdienstes Bakin unter Vorsitz von Vizepräsident Try Sutrisno. Aufgabe der Kommission ist es, alle Anwärter auf hohe Posten zu überprüfen. Das betrifft Staatssekretäre in Ministerien, Generalsekretäre und Direktoren der Staatsunternehmen.

vgl. Forum Keadilan 4.8.94

**Verfassungsgericht befreit Studenten**

10 Studenten, die seit Dezember 1994 mit der Anklage, Präsident Suharto beleidigt zu haben, im Gefängnis waren, wurden entlassen. Ihre Gefängnisstrafe war in der ersten Berufungsverhandlung erhöht worden. Das Verfassungsgericht verfügte nun, daß die Studenten ihr Urteil in Freiheit abwarten dürfen.

vgl. Kompas 19.8.94

**Demonstrationsgesetz**

Demonstrationen sind in der indonesischen Gesellschaft kein Tabu mehr, nachdem in letzter Zeit viele stattfanden und die Presse regelmäßig berichtet. Bauern, Arbeiter und Studenten demonstrieren zu verschiedenen Themen. Sie fordern Landentschädigungen, Lohnerhöhung oder gar, daß der Präsident vor Gericht gestellt wird. Da es der Regierung zu viel wird, soll nächstes Jahr ein neues Demonstrationsgesetz verabschiedet werden. Viele befürchten, daß dadurch die Meinungsfreiheit weiter eingeschränkt wird.

Außerdem soll ein Präsidialerlaß für Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Kraft treten. Zwar besteht mit dem Gesetz No. 4 (1982) und der Instruktion No. 8 (1990) des Innenministers bereits eine klare Ordnung. Doch boten in den letzten Jahren NROs zunehmend nicht nur karitative Hilfen für das Volk an, sondern strebten danach, die Regierungspolitik, durch die die kleinen Leute geschädigt werden, zu kontrollieren. NRO-Mitarbeiter erwarten, daß ihr Spielraum durch die neue Regelung eingeschränkt wird.

vgl. Jayapura 16.7.94, Sinar 11.7., 18.7.94

**Neuverschuldung Indonesiens**

Während des Treffens des Consultative Group on Indonesia (CGI) vom 7. bis 8.8.94 war die Menschenrechtssituation schlecht. Viele Streiks endeten mit Festnahmen und Folterungen, und viele Studenten, die mit Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und Demokratie auf die Straße gegangen waren, wurden mißhandelt. Drei Zeitungen wurde die Produktionserlaubnis entzogen. Trotz alledem und obwohl der Wirtschaftsexperte Prof. Dr. Sumitro vor kurzem bekannt machte, daß 30 % der Entwicklungsgelder verschwinden, erhöhte die CGI erneut ihren Kredit um 92,1 Millionen US\$. Dabei sind 40 % der Schulden in japanischen Yen. Nach Weltbankberechnungen würde eine Anstieg des Yen-Kurses um nur 10 %, einen Anstieg der Auslandsverschuldung um 160 Mio. US\$ zur Folge haben.

Insgesamt beläuft sich dieses Jahr der Kredit der CGI auf 5,2 Mrd. US\$. Japan ist mit 1,67 Mrd. US\$ der größte Geldgeber. Deutschland liegt auf Platz zwei: Es hatte letztes Jahr 138,7 Mio., dieses Jahr 157,41 Mio. US\$ geliehen. Allgemein wird diese weitere Gewährung von Krediten als Lobpreisung des "Erfolges" der Entwicklung in Indonesien verstanden. Die CGI-Mitglieder äußerten keine Bedenken hinsichtlich der Menschenrechtssituation und waren auch zufrieden mit der Regierungserklärung bezüglich der Schließung von Zeitungen. Folgende Ratschläge wurden erteilt: eine gute und saubere Regierung zu bilden, die Effizienz durch Deregulierung zu erhöhen, das Bankensystem und das Management der Auslandsschulden zu verbessern sowie die Umwelt zu beachten.

vgl. Kompas 9.7.94, Tapol No. 124, S. 10-11

**Handel mit Burma**

Hutomo Mandala Putra, 32, besser bekannt als Tommy Suharto, jüngster Sohn des Präsidenten, ist seit 16.6.94 der Leiter von "Indonesia House", einer neuen Agentur, die Handel und Investitionen mit Myanmar kontrolliert. Hutomo hat Interesse an Holznutzung in Myanmar und besitzt die Fluggesellschaft Sempati, welche vermutlich bald dorthin fliegen wird.

vgl. AW 6.6.94

**Arbeiterführer festgenommen**

Die Polizei hat den Leiter der größten unabhängigen indonesischen Gewerkschaft, Muchtar Pakpahan, offiziell festgenommen und begann ihn zu befragen. Sein Anwalt sagte, daß er im Zusammenhang mit den Unruhen im letzten April in Medan festgehalten wird. Die Polizei verhaftete Pakpahan, dessen Gewerkschaft von der Regierung nicht anerkannt ist, in Jakarta und brachte ihn nach Medan, an den Ort der Unruhen.

vgl. 25.8.94, S. 13

**Deregulierung Ausländischer Investitionen**

Mit dem Ziel, möglichst viele ausländische Investoren anzulocken, traf die indonesische Regierung eine neue Regelung: PP no. 20/ 1994. Dies ist ein Paket von Regelungen zur Deregulierung, das für ausländische Investoren alle Wege öffnet. Jetzt ist es erlaubt, Kapital in bisher beschränkten Sektoren zu investieren, wie Telekommunikation, Trinkwasserversorgung, Massenmedien usw. Anstatt der bisherigen Begrenzung auf 49 % Auslandskapital sind nun auch 100 % bei Direktinvestitionen und 95 % für Joint Ventures erlaubt.

Viele protestierten gegen die neue Regelung - nicht nur die Demokratische Partei Indonesiens (PDI) sondern auch der Informationsminister, der Kooperationsminister und Intellektuelle. Sie befürchten, daß durch die Öffnung für ausländische Investoren die kleinen Unternehmer gefährdet und die Grundbedürfnisse der Bevölkerung noch weniger erfüllt werden.

vgl. Kompas 3.6.94; Jawa Pos 7.6.94